

Finanzamt Offenbach am Main II, Postfach 100552, 63005 Offenbach

Palliare Förderverein zugunsten schwerstkranker
Patienten der Palliativmedizin am Sana Klinikum
Offenbach
c/o Herr Dr. Ben Klimitz
Berliner Str. 219
63067 Offenbach

Steuernummer/Geschäftszeichen

44 250 80434 - K01

Bearbeiter/in Frau Block

Zimmer B 210

Telefon (069) 8091-3604

Fax (069) 8091-3400

Dienstgebäude Biebrer Str. 59

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Datum

18.02.2019

Gesonderte Feststellung über die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 Abgabenordnung (AO)

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich die gesonderte Feststellung, wonach die eingereichte Satzung Ihrer Körperschaft die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO erfüllt.

Bitte beachten Sie bereits jetzt, dass eine Steuerbefreiung nicht nur von der Satzung, sondern auch von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt. Sie haben daher durch ordnungsgemäße Aufzeichnungen (Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über die Bildung und Entwicklung der Rücklagen) für jeden Veranlagungszeitraum den Nachweis zu führen, dass auch die tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet ist und den Bestimmungen der Satzung entspricht.

Bitte achten Sie darauf, die Steuererklärungen elektronisch mit den entsprechenden Unterlagen fristgerecht einzureichen. Die elektronische Übermittlung der Steuererklärungen kann entweder über das ELSTER - Online-Finanzamt (www.elster.de) unter "Mein ELSTER" und vorheriger Registrierung oder mittels kommerzieller Steuersoftware erfolgen. Sollte ausnahmsweise ein sog. Härtefall vorliegen (bitte informieren Sie sich bei Ihrem Finanzamt) oder sich die Bereitstellung der elektronischen Formulare für die Steuererklärung(en) mittels ELSTER verzögern, stehen Ihnen die Papiererklärungsformulare unter www.service.hessen.de/ Bürger/ Steuern und Finanzen/ Steuervordrucke/ Ehrenamt und Vereine vorübergehend noch zum Download zur Verfügung.

Bitte geben Sie stets die Steuernummer oder das Geschäftszeichen an. Sie erleichtern damit sich und uns die Arbeit. Vielen Dank.

Sprechzeiten:

Finanzservicestelle (FIS) - montags, dienstags, donnerstags 07:30-15:30 Uhr, mittwochs 13:00-18:00 Uhr und freitags 07:30-12:00 Uhr oder nach Vereinbarung

Gleitende Arbeitszeit:

Anrufe bitte in der Telefon-FIS montags bis donnerstags 07:30-12:30 Uhr und 13:00-15:30 Uhr, freitags 07:30-12:00 Uhr

Anschrift:

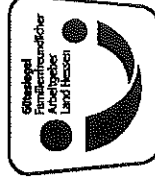
Biebrer Straße 59 · 63065 Offenbach am Main · Telefon (0 69) 80 91-1 · Telefax (0 69) 80 91-34 00

Bankverbindungen:

E-Mail: poststelle@FA-OF2-Hessen.de · Internet: www.finanzamt-offenbach-2.hessen.de
(beim FA Offenbach am Main II) LB Hessen-Thüringen, BIC HELADEF333, IBAN DE76 5005 0000 0001 0004 47 ·
DT BSK Fil Frankfurt, BIC MARKDEF1500, IBAN DE18 5000 0000 0050 0015 00 · Gläubiger-ID DE31ZZZ00000076720



Linien 102, 103 u. 120



Finanzamt Offenbach am Main II
Steuernummer 44 250 80434 - K01

Offenbach am Main, 18.02.2019

Anschrift: Bieberer Straße 59, 63065 Offenbach am Main
Telefon: (069) 9991-3604
Auskunft erteilt: Frau Block Zimmer-Nr.: B 210

Palliare Förderverein zugunsten
schwerstkranker Patienten der
Palliativmedizin am Sana Klinikum
Offenbach
c/o Herr Dr. Ben Klimitz
Berliner Str. 219
63067 Offenbach

**Bescheid nach § 60a Abs. 1 AO über
die gesonderte Feststellung der Ein-
haltung der satzungsmäßigen Vor-
aussetzungen nach den §§ 51, 59, 60
und 61 AO**

Zutreffendes ist angekreuzt

Feststellung

Die Satzung der vorgenannten Körperschaft Körperschaft

(Bezeichnung der Körperschaft)

Palliare Förderverein zugunsten schwerstkranker Patienten der Palliativmedizin am Sana Klinikum OF

in der Fassung vom 03.09.2018 (zuletzt geändert am) erfüllt die satzungsmäßigen

(TT.MM.JJJJ)

Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO.

Hinweise zur Feststellung

Eine Anerkennung, dass die tatsächliche Geschäftsführung (§ 63 AO) den für die Anerkennung der Steuerbegünstigung notwendigen Erfordernissen entspricht, ist mit dieser Feststellung nicht verbunden.

Diese Feststellung bindet das Finanzamt hinsichtlich der Besteuerung der Körperschaft und der Steuerpflichtigen, die Zuwendungen in Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen an die Körperschaft erbringen (§ 60a Abs. 1 Satz 2 AO). Die Bindungswirkung dieser Feststellung entfällt ab dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsvorschriften, auf denen die Feststellung beruht, aufgehoben oder geändert werden (§ 60a Abs. 3 AO). Tritt bei den für die Feststellung erheblichen Verhältnissen eine Änderung ein, ist die Feststellung mit Wirkung vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse aufzuheben (§ 60a Abs. 4 AO).

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen auch von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt – ggf. im Rahmen einer Außenprüfung – unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und den Bestimmungen der Satzung entsprechen.

Dies muss durch ordnungsmäßige Aufzeichnungen (insbesondere Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensüber- sticht mit Nachweisen über Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO). Über die Steuervergünstigungen nach den einzelnen Steuergesetzen wird im Rahmen des Veranlagungsverfahrens entschieden.

In jedem Falle ist die Körperschaft insoweit ertragsteuerpflichtig, als sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhält, der kein Zweckbetrieb ist. Soweit Körperschaftsteuerpflicht gegeben ist, besteht im gleichen Umfang Gewerbesteuerpflicht. Durch die Gewährung der Steuerbefreiung von der Körperschaft- und Gewerbesteuer wird die Umsatzsteuerpflicht grundsätzlich nicht berührt.

Bei Beschäftigung von Arbeitnehmern sind Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Die Rechtsbehelfsbelehrung bezieht sich nur auf die vorstehende Feststellung.

Hinweise zur Steuerbegünstigung

Die Körperschaft fördert

- mildtätige kirchliche Zwecke.
 folgende gemeinnützige Zwecke:

öffentliches Gesundheitswesen und -pflege
(§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AO)

Abkürzungen: AO=Abgabenordnung, BStBl=Bundessteuerblatt, EStG=Einkommensteuergesetz, EStDV=Einkommensteuer-
Durchführungsverordnung, GewStG=Gewerbesteuergesetz, KStG=Körperschaftsteuergesetz

Hinweise zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen

Zuwendungsbestätigungen für Spenden

Die Körperschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zugewendet werden, Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen. Die amtlichen Muster für die Ausstellung steuerlicher Zuwendungsbestätigungen stehen im Internet unter <https://www.formulare-bfinv.de> als ausfüllbare Formulare zur Verfügung.

Zuwendungsbestätigungen für Mitgliedsbeiträge

- Die Körperschaft ist berechtigt, für Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen.
- Die Körperschaft ist nicht berechtigt, für Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen, weil Zwecke i.S. des § 10b Abs. 1 Satz 8 ESG gefördert werden.

Zuwendungsbestätigungen für Spenden und ggf. Mitgliedsbeiträge i. S. des § 50 Abs. 1 EStDV dürfen nur ausgestellt werden, wenn das Datum dieses Feststellungsbescheides nicht länger als drei Kalenderjahre zurückliegt und bisher kein Freistellungsbescheid oder keine Freistellung mittels Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid erteilt wurden. Die Frist ist taggenau zu berechnen (§ 63 Abs. 5 AO).

Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer.

Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30%, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15% der Zuwendung angesetzt (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Hinweise zum Kapitalertragsteuerabzug

Bei Kapitalerträgen, die bis zum 31. 12. 2021 zufließen, reicht für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Abs. 4, 7 und 10 Satz 1 Nr. 3 EStG die Vorlage dieses Feststellungsbescheides oder die Überlassung einer amtlich beglaubigten Kopie dieses Feststellungsbescheides aus. Das Gleiche gilt bis zum o. a. Zeitpunkt für die Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44b Abs. 6 EStG durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut.

Die Vorlage dieses Feststellungsbescheides ist unzulässig, wenn die Erträge in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb anfallen, für den die Befreiung von der Körperschaftsteuer ausgeschlossen ist.

Begründung und Nebenbestimmung

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Feststellungsbescheid ist der Einspruch gegeben. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens.

Der Einspruch ist bei dem oben genannten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung des Einspruchs beträgt **einen Monat**. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekanntgegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekanntnis ist der Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

